

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.56 Uhr
Ende: 14.00 Uhr

1) Sicherstellung der Versorgung von sozial schwachen SeniorInnen, Alleinerziehenden und Familien in Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. Schröck folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sache der Sicherung der Versorgung der sozial schwachen SeniorInnen, AlleinerzieherInnen und Familien in Graz ist mir als unabhängiger Gemeinderat ein besonderes Anliegen, besonders jetzt vor der Situation, wo wir vor dem Beschluss im Landtag stehen, dass ein doch starkes Sparpaket auf das Land und auf die Gemeinschaft des Gemeinwesens sozusagen kommen wird. Zwar hat sich die Wirtschaftslage seit der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt, aber dennoch sind spürbare Spuren oder sichtbare Spuren in der Gesellschaft zurückgeblieben. Die bedenkenlose Sparverweigerung vorangegangener PolitikerInnen haben wohl zu wesentlichen Schritten Richtung Sparpaket geführt, das Gleiche gilt natürlich für die leeren Kassen der Stadt Graz, die voraussichtlich auch ein weiteres Mal die Bevölkerung der Grazerinnen und Grazer noch hart treffen werden. Mir ist besonders dieses Thema ein besonderes Anliegen, weil Kurskorrekturen nicht aus ungenügender Anstrengung und/oder aus ungenügenden Umschichtungen beziehungsweise aus mangelnden Effizienzsteigerungen sodann auf Kosten unserer Schwächsten in der Gesellschaft erfolgen dürfen. Aber, und das ist auch eine Ergänzung, sie dürfen nicht zu einer Erhöhung der Abgabenlast in unserem Land führen, weil das wäre der einfachste Weg, einfach das Problem durch den Griff in die Taschen der Grazerinnen und Grazer zu erledigen, das ist ein unzulänglicher Lösungsversuch.

Ich stelle daher an Sie die

Frage:

Inwieweit Sind Sie als Sozialstadträtin der Stadt Graz in der Lage sicherzustellen, dass aufrecht alle wahrlich am untersten Rand der materiellen Versorgung befindlichen Grazerinnen und Grazer – insbesondere unsere SeniorInnen, Alleinerziehenden und Familien – unter besonderer Bedachtnahme auf den Sparkurs in Stadt und Land weiterhin vor einem Absinken in Richtung Not und Elend nachhaltig bewahrt werden können? Bitte um Ihre Beantwortung.

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Mariacher! Es freut mich sehr, dass Sie die Versorgung jener, die es nicht ganz leicht haben im Leben, hier im Gemeinderat zum Thema machen und dass Sie mir damit auch die Möglichkeit geben, dass ich meinen Zugang zur Sozialpolitik hier noch einmal erläutern kann. Meine Sozialpolitik geht von einer solidarischen, oder mein Verständnis von Sozialpolitik geht von dem Wort Solidarität aus. Sozial bedeutet nicht arm, sozial bedeutet miteinander leben und füreinander da zu sein, und demnach müsste Sozialpolitik eigentlich die höchste Priorität haben (*Applaus SPÖ*) auch hier in Graz. Zu Ihrer konkreten Frage kann ich einerseits sagen, dass wir im Rahmen der Landesgesetze arbeiten und andererseits freiwillige Leistungen haben. Bei den gesetzlichen Leistungen gehe ich davon aus, dass Sie wissen, dass diese vorwiegend auf Landesebene festgesetzt werden und dass es nicht in meiner Hand liegt, dass es nicht in der Hand der Sozialstadträtin oder der Stadt Graz liegt, diese Gesetze zu normieren oder diese Gesetze irgendwie zu beeinflussen. Das was ich tun kann ist, dass wenn Mängel auftauchen bei einzelnen Gesetzen, dass ich dann versuche, auf diese Mängel hinzuweisen an gegebener Stelle, das ist in den letzten Wochen vor allem in Bezug auf das neue Mindestsicherungsgesetz zweimal Gott sei Dank gelungen, wo wir einige

Härten abfedern konnten von Seiten der Stadt Graz. Die freiwilligen Angebote hingegen, also die nicht im Rahmen der Landesgesetze festgelegt sind, wie der Heizkostenzuschuss oder jetzt aktuell die Osterbeihilfe, das Behindertentaxi, Wohnheime, Übergangswohnungen, Obdachlosenversorgungen, aber auch Kooperationen mit freien Trägern, wie zum Beispiel bei der Essensversorgung, das Marienstüberl, Notschlafstellen, Beschäftigungsmaßnahmen, das sind Ergänzungen zu den gesetzlichen Leistungen und damit diese Leistungen zur Verfügung gestellt werden können, bedarf es manchmal eines harten Ringens, weil es natürlich darum geht, die budgetären Mittel der Stadt diesen freiwilligen Leistungen zukommen zu lassen. Es heißt, es geht um die Verteilungsmacht der Budgetmittel. Und inwieweit das, was freiwillig passiert, gesichert werden kann, hängt leider nicht von mir alleine als Sozialstadträtin ab, das hängt immer auch vom Gemeinderat ab, der das Budget beschließt, das hängt natürlich auch vom Kollegen Finanzstadtrat Rüschi ab. Aber, wenn Sie mich fragen, Sozialpolitik, ich habe das am Anfang gesagt, muss oberste Priorität haben und ich hätte da vielleicht einen Vorschlag für eine Rathausdekoration, nachdem der Eingang unseres Rathauses ja schon seit mehreren Wochen dekoriert ist. Vielleicht einmal ein neuer Spruch: „Sozialstadt zu sein heißt, dass die Sozialpolitik auf der städtischen Agenda ganz oben steht“, das würde ich mir wünschen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Erst einmal eine Replik auf das Gesagte. Das Budget ist natürlich beschlossen, wie Sie wissen, für das heurige Jahr und mir ist es darum gegangen, welche Änderungen, welche Abwandlungen, welche Ergänzungen wird es jetzt aufgrund dieses kommenden Sparpaketes für die Stadt Graz geben? Wenn Sie sagen, Sozialpolitik steht ganz oben, wäre auch natürlich auch die Frage, was wäre denn weniger wichtig als es derzeit wichtig ist, aber ich möchte dennoch eine Zusatzfrage stellen, die auch natürlich damit im Zusammenhang steht, nämlich folgende: Welche Schritte gedenken Sie zu setzen als Sozialstadträtin, um bei zu erwartenden

beschränkter Zuführung von Geldmitteln und personeller Ressourcen durch eigenes Sparen, durch Effizienzsteigerung beziehungsweise durch Hintanhaltung unnötiger beziehungsweise ungerechtfertigter Leistungen auszukommen, oder ob Sie bei Ausschöpfung eigener Kräfte unter Anspannung übergeordnete Unterstützung benötigen und wenn ja, welche, in welchen Umfang, zu welchem Zweck und ab wann?

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Also, Herr Gemeinderat Mariacher, bei aller Freundschaft, dann hätten Sie ihre Frage wirklich anders stellen müssen. Das ist jetzt ein bisschen lächerlich, mir die Frage so zu stellen und dann zu sagen, Sie haben eigentlich ganz was anderes gemeint, dann müssen Sie die Frage wirklich klarer formulieren. Das was ich sagen kann ist, dass ein Großteil meines Sozialbudgets an die Landesgesetze unmittelbar gebunden ist. Wir haben das Budget letztes Jahr beschlossen, das heißt, ich habe keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung, um irgendwelche großartigen Härtefälle, die jetzt unvorhergesehen hereinkommen, mit dem bestehenden Budget abzufedern. Wie gesagt, dass was ich im Rahmen meiner Möglichkeiten tun kann, nämlich beim Land zu intervenieren, das mache ich, ich habe aber zum Beispiel keine Möglichkeit, jetzt Mindestsicherungsbeziehern, die dadurch, dass der Beschluss auf zwölfmalige Auszahlung gefallen ist, dass ich das jetzt von Stadtmitteln 14mal auszahlen kann, so wie das Linz zum Beispiel tut, das kann ich nicht tun, weil mein Budget viel zu klein ist. Wenn Sie jetzt in Ihrer Nachfrage sagen, dass es ungerechtfertigte Ausschüttungen meines Ressorts gibt, dann kann ich Ihnen sagen, ich kenne diese ungerechtfertigten Ausschüttungen nicht und würde Sie wirklich bitten, in der nächsten Frage das ein bisschen konkreter zu formulieren, weil auf diese Allgemeinanschüttung kann ich so jetzt wirklich nicht eingehen (*Applaus SPÖ*).

2) Augarten – Asphaltierung des Weges zwischen dem nunmehrigen Kindergarten und des Kais

GR. Mag. **Kvas** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Kvas**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich schätze Ihre Bemühungen und Ihre Arbeit für die sanfte Mobilität sehr, insbesondere was den Lückenschluss beziehungsweise den Ausbau der Radwege anbelangt, und trotzdem habe ich heute eine Frage an Sie oder ein Problem, das viele tausende Radfahrerinnen und Radfahrer erzürnt. Viele Wege beziehungsweise Straßen im Augarten sind asphaltiert, nicht jedoch der von vielen Personen häufig benützte Murradweg entlang des Kais. Dieses Straßenstück besteht aus einer mit heller Sandmasse aufgeschütteten wassergebundenen Wegdecke.

Vor allem in der feuchten Jahreszeit, Frühling, Herbst, Winter, sowie an Regen- und Nebeltagen ärgern sich viele Fahrradfahrer, Läufer wie auch Fußgänger des Murradweges im Augartenpark über die fehlende Straßenasphaltierung, da sie von dem hellen Sand der wassergebundenen Wegdecke von den Schuhen bis zu den Socken sowie bis zum Kniegelenk mit hellem Sand beschmutzt werden.

Aufgrund dieser Tatsache habe ich vor einem Jahr einen Antrag gestellt, dass dieser Weg asphaltiert werden möge. In einem Schreiben vom 23. Juni wurde mir von der Abteilung für Verkehrsplanung im Einvernehmen mit Ihnen mitgeteilt, dass eine Versiegelung der Oberfläche mit Asphalt entlang des Kais die Wurzelbereiche der dort wachsenden Bäume nachhaltig schädigen und somit die Windbruchgefahr in diesem Straßenabschnitt des Murradweges im Augarten erhöhen würde. Aus Gründen des Baumschutzes könne keine Asphaltierung vorgenommen werden.

Ich möchte vielleicht auch den anderen, den KollegInnen zeigen, wovon ich spreche. Ende November des Vorjahres kam ich dann aus dem Staunen nicht heraus, als ich sah, wie im Bereich des nördlichen Teiles des Augartenbades zwischen dem Kai und der ehemaligen Augartensauna (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und des nunmehrigen Kindergartens, zwischen zwei Baumalleen,

die bisher wassergebundene Wegdecke durch Asphalt ersetzt wird. Ich habe auch hier ein Foto, da ist sie ersetzt worden und hier ist es nicht möglich? Jetzt stelle ich meine

Frage:

Stellt die Ende November des Vorjahres vorgenommene Asphaltierung im nördlichen Teil des Augartenbades zwischen dem nunmehrigen Kindergarten und dem Kai, entlang zweier Baumalleen, keine Schädigung der dort wachsenden Baumwurzeln dar und erhöht diese Asphaltierung nicht die Windbruchgefahr im nördlichen Teil des Augartenbades, wie dies in einer Beantwortung vor einem Jahr entlang des Murradweges am Kai behauptet wurde (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Lieber Herr Gemeinderat Kvas! Ich kann Ihre Fragestellung vollkommen nachvollziehen. Auch mich beschäftigt dieses Thema jetzt schon länger. Die Verkehrsplanung hat bei der Anfragebeantwortung, die ja nicht nur von Ihnen kam, sondern die ich schon mehrfach herangetragen bekommen habe, wieso die Nord-Süd-Verbindung entlang der Mur nicht asphaltiert ist, immer darauf berufen, dass es ein Gutachten gibt aus der Abteilung für Grünraum und Gewässer, das ja zuständig ist für den Baumschutz im Park. Jetzt haben wir natürlich immer diese Grundlage genommen, um zu argumentieren und ich habe mich natürlich dahintergestellt, weil die Versiegelungssituation dort für die Bäume Nachteile gebracht hat, aufgrund dieses bestehenden Gutachtens. Nun wurde für diese Achse, die Sie hier zeigen, die neu asphaltiert wurde, eine neue Begutachtung vorgenommen, wobei eine Wurzelraumerkennung mittels händischer Suchschlitzgrabung, das ist eine sehr komplizierte Herangehensweise, genau untersucht hat, ob man dort mit den Wurzeln in die Quere kommt oder nicht und festgestellt wurde, dass diese Befestigung in dieser Form trotzdem möglich ist. Das

hat mich natürlich dazu veranlasst, diese Fragestellung, die wieder an mich herangetragen wurde, wird jetzt auf der Grundlage, dass sich im Baumbestand auch etwas geändert hat in zwischen durch Windbruch und ein zum Beispiel besonders gefährdeter Baum inzwischen gar nicht mehr steht. Dass wir das jetzt genau prüfen, ob jetzt auf Grundlage dieser sehr komplizierten Untersuchungsmethode auch hier eine Lösung gefunden wird. Aber, wie gesagt, wir haben uns immer auf das berufen, was vom Grünraum kam, und da hat es immer geheißen, es geht gar nicht. Nachdem jetzt dort eine Lösung gefunden wurde, prüfe ich, ob auch dort eine geht, das ist natürlich auch eine Frage der Finanzierung, muss ich dazusagen, aber anscheinend haben sich die Rahmenbedingungen etwas geändert, und wenn Sie nähere Informationen zum Gutachten aus der Abteilung für Grünraum und Gewässer haben wollen, dann müssen Sie sich bitte dorthin wenden, ich kann Ihnen aber gerne auch ein Fax aus dieser Abteilung mitgeben, wo ganz im Detail auf die unterschiedlichen Tatbestände rund um die Bäume eingegangen wird.

GR. Mag. **Kvas**: Danke für die Bemühungen, und die tausenden Radfahrerinnen und Radfahrer die werden es Ihnen danken (*Applaus ÖVP*).

3) Gleichstellung der Frauen im Rahmen der Wirtschaftsförderung

GRin. **Haas-Wippel** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Sonja! Die Stadt Graz trägt als Fördergeber nicht nur wirtschaftspolitische, sondern auch gesellschaftspolitische Verantwortung für die Grazerinnen und Grazer. Da es die Stadt Graz unbestritten als eine ihrer Hauptmaximen betrachtet, die Gleichstellung von Frauen und Männern

sicherzustellen und dies insbesondere auch bei den Bediensteten der Stadt Graz selbst praktiziert, sollten dieselben Grundsätze natürlich auch für Unternehmen gelten, welche öffentliche Mittel erhalten. Unter diesem Aspekt ist festzuhalten, dass im Bereich der Wirtschaftsförderung ein Handlungsbedarf in Bezug auf Gleichstellung zwischen Frauen und Männern besteht. Ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass andere Regionen Europas in dieser Thematik bereits wesentlich weiter gekommen sind, als wir in der Stadt Graz. So hat beispielsweise Berlin bereits vor mehr als einem Jahrzehnt als zentrales Element seiner Gleichstellungspolitik eine Verordnung über die Förderung von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erlassen, die Unternehmen beim Bezug öffentlicher Förderungen zur Einleitung von Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet. Auch das Land Steiermark als Fördergeber hat sich im Juni 2010 zur Einleitung von Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende

Frage:

Welche konkreten Maßnahmen setzt du in Graz bezüglich Gleichstellung der Frauen im Rahmen der Wirtschaftsförderung, die dem Landtagsbeschluss vom Juni 2010 entsprechen (*Applaus SPÖ*)?

StRin. Mag.^a (FH) **Grabner**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Waltraud! Ich danke dir für dieses Thema, das ist immer wieder ein Thema, nicht nur die Gleichstellung, sondern auch die Förderung, und da geht es, so wie du anfangs auch gesagt hast, wirklich um einen gesellschaftspolitischen Umdenkprozess, den wir

glücklicherweise auch alle gemeinsam bestreiten. Ich durfte auch mit meiner Kollegin der Frau Stadträtin Martina Schröck, am 30. 11. ein Gespräch darüber führen und sie auch informieren, dass wir die Gleichberechtigungs-, nicht nur –maßnahmen, auch Richtlinien selbstverständlich in die Wirtschaftsstrategie Graz 2015 auf der einen Seite berücksichtigt haben, eingeführt haben und immer wieder berücksichtigen und auch vorweg möchte ich anmerken, dass von der Wirtschaftsabteilung, von der Abteilung A 15, ist es die Wirtschaftsentwicklung und es geht primär um die Wirtschaftsentwicklungsprozesse, die für die Stadt erhoben werden und nicht um tatsächliche Unternehmensförderungen, um Wirtschaftsförderung mit liquiden Mitteln. Das GründerInnenzentrum, und wie wir alle wissen, sind 40 % der Gründer Gründerinnen, wenn wir vom GründerInnenzentrum auch sprechen, gibt es sehr viele Mietförderobjekte, wo wir 50 %, 35 %, im dritten Jahr dann 15 % auch der Nettomiete stützen, und seit der Gründung waren das bereits 45 Unternehmerinnen, die so direkt unterstützt werden konnten. Es gibt den Klub der Gründerinnen, eine weitere Maßnahme, wo ich selbstverständlich uns Frauen oder auch die Frauen in der Wirtschaft unterstütze. Ein Netzwerktreffen unter Frauen, das haben wir nicht nur schon gehört, das ist auch so, da müssen wir ein bisschen üben wir Frauen an Netzwerken, um uns auszutauschen, auch das unterstütze ich sehr gerne und das wird sehr zahlreich auch besucht das strategische Netzwerk. Gründerin des Jahres durfte ich erst am Schloßberg beglückwünschen für ihre Leistungen und viele andere auch. Coaching business in Women crash coaching, berufliche Umsteigerinnen unterstützen und geben wir auch Rat. Projekt für jugendliche Mädchen in technischen Berufen und auch Messebesuche, Follow me, GründerInnenbox, Projekt Imote, seit viele, viele zahlreiche Projekte, in denen wir schauen, dass nicht nur die Frauen unterstützt werden, dass wir auch gemeinsam vorankommen und unsere Stärken stärken und nicht nur an den Schwächen arbeiten und ich freue mich über alle Frauen, die an diesen Projekten und auch an dieser Serviceleistung der Wirtschaftsabteilung teilnehmen und auch über jede Anregung, dass wir da noch zusätzlich etwas tun können (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Haas-Wippel:** Einmal Danke. GründerInnenzentrum ist natürlich eine wesentliche Maßnahme, aber die Frage, die ich gestellt habe, war ja in Bezug auf den Landtagsbeschluss 2010 und da sind ja mindestens 18 Maßnahmen verschriftlicht und deshalb meine Frage, meine Zusatzfrage: Welche Kriterien aus diesem Katalog zur Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind verpflichtende Voraussetzungen für die Wirtschaftsförderung und wo hast du diese Voraussetzungen verschriftlicht, weil ich glaube, es ist immer eine Frage der Priorisierung, wenn für bestimmte Viertel irrsinnig viel Geld aufgewendet wird, wie zum Beispiel für das Viertel Jakomini, da spielt Geld keine Rolle, da denke ich mir, es braucht auch bei der Wirtschaftsförderung im Hinblick auf die Gleichstellung der Frauen absolut eine Priorisierung, absolut einen entsprechenden Willen und eine entsprechende Umsetzungskompetenz (*Applaus SPÖ*).

StRin. Mag.^a **Grabner:** Ich gehe vielleicht gleich einmal gerne auf deine Anmerkung ein, danke auch für diese. Ja, das Jakomini-Viertel das unterstützen wir, das hat auch die SPÖ in diesem Punkt der Mietförderung unterstützt, denn hier sind fast zwei Drittel auch der Gründungsunternehmen Frauen, das heißt, auch wir unterstützen selbstverständlich und das ist ein Projekt der Wirtschaftsförderung. Ansonsten betreibt Wirtschaftsförderung die SFG, die Stadt Graz mit der Wirtschaftsentwicklung, wie schon vorher gesagt, ist das Serviceunternehmen und wir haben jetzt nicht die Fördertöpfe auszuschütten und daher sind auch die Richtlinien nicht zu stellen für die Unternehmer, ihnen etwas vorzuschreiben. Selbstverständlich gibt es diese verankert, es gibt auch diese Maßnahmen wie das GründerInnenzentrum, wie auch die GründerInnenreisen, um das Bewusstsein hier zu stärken und das geht auch voran, denn auch die Unternehmen merken immer mehr, dass die soziale und emotionale Intelligenz, die bei den Frauen ja mehr ausgeprägt ist, ein großer Fortschritt ist auch für ein Unternehmen an sich und es geht hier um Bewusstseinschaffung meiner Meinung nach, denn die Leistung, die die Frauen

bringen, man kann sie auch nicht zwingen, es zu tun, man kann sie nur motivieren und ihnen Mut machen, auch einzusteigen und ihnen dann die Hand zu reichen und Hilfestellung zu leisten (*Applaus ÖVP*).

4) Jugendzentrum in Eggenberg

GRin. **Jahn** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Super, endlich komme ich wieder einmal dran in der Fragestunde, das ist ja, meistens schaffen wir nur eine Frage pro Fraktion. In meiner Frage geht es um das Jugendzentrum bei der Pfarre St. Vinzenz. Einige von euch waren ja auch damals dabei im Oktober 2009, als das Jugendzentrum zu unser aller Freude dort eröffnet wurde, es war uns seitens der Koalition und ich glaube für alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen ein sehr wichtiges Projekt für die Jugendlichen, speziell im Bezirk Eggenberg, weil es erstens dort ein sehr starke Bevölkerungsentwicklung gibt, es gibt sehr viele Kinder und sehr viele Jugendliche und wir wissen auch, dass das ein großer Bezirk ist, wo es nicht so viel Freizeitangebot gibt. Es gibt Highlights wie ein Bad Eggenberg, das ist super, gerade jetzt neu für die Jugendlichen, ASKÖ etc, aber wir wissen, es gibt auch viele Jugendliche, die leider nicht so einen positiven finanziellen Hintergrund in der Familie haben, wo auch ein Bad Eggenberg dann nicht so oft leistbar ist, man muss es leider sagen. Umso wichtiger auch Jugendzentren, die ja vielfältiges Angebot liefern an Sport und anderen Möglichkeiten. Jetzt gab es leider ziemliche Probleme dort im Jugendzentrum, wozu ich ja nur weiß, was in den Medien berichtet wurde und dazu eigentlich nichts Näheres sagen mag, weil wenn man nicht dabei ist, ist es immer schwer, nachher etwas zu sagen, aber offensichtlich hat es eben die Konsequenz gehabt, dass es jetzt eben keine Zustimmung mehr seitens der Pfarre zu diesem Jugendzentrum gibt, was total schade ist. Und wir würden natürlich

hoffen, dass wir da eine Lösung finden, entweder direkt dort bei der Pfarre oder, wenn möglich, hoffentlich an einem anderen Ort, anderen Standort im Bezirk.

Daher meine

F r a g e

an dich: Welche Pläne gibt es für den Erhalt beziehungsweise für die Wiedereröffnung eines Jugendzentrums in Eggenberg?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Es ist richtig, dass aufgrund verschiedener Ereignisse und Vorkommnisse der Pfarrgemeinderat der Pfarre St. Vinzenz zum Schluss gekommen ist, dass die verschiedenen Nutzerinteressen im Gebäude der Pfarre in Zukunft offensichtlich nicht mehr unter einen Hut zu bringen sind. Ich persönlich habe auf Basis eines ausführlichen Gespräches mit dem Herrn Pfarrer und einigen VertreterInnen des Pfarrgemeinderates durchaus den Eindruck gewinnen können, dass diese Entscheidung nicht leichtfertig getroffen wurde und man letztlich zur Kenntnis nehmen muss, dass die Pfarre, die ja durchaus auch Leistungen erbracht hat in der Form der Zurverfügungstellung der Infrastruktur, nunmehr zum Schluss gekommen ist, dass das an diesem Standort nicht mehr möglich ist. Das nehmen wir zur Kenntnis, schade ist es, weil natürlich auch die Räumlichkeiten adaptiert wurden, aber es ist, wie gesagt, zur Kenntnis zu nehmen. Uns seitens des Amtes für Jugend und Familie ist es sehr, sehr wichtig, im Bezirk auch weiterhin einen Jugendtreffpunkt, ein Jugendzentrum anbieten zu können. Wir sind auch bereits intensiv auf der Suche nach einem geeigneten Standort, ein Objekt haben wir bereits im Auge, das wir allenfalls auch darüber hinausgehend für das Jugendamt selbst auch nutzen können, also da sind wir in Gesprächen, in Überlegungen, in Beratungen. Wir hoffen sehr, dass dieses Objekt geeignet sein wird.

Denn Faktum ist, dass die Pfarre im Dezember des Vorjahres angekündigt hat, im Sommer des heurigen Jahres zu kündigen, das bedeutet ein halbes Jahr Kündigungszeit. Für das heurige Jahr sollte der Standort demnach noch zur Verfügung stehen und wir werden alles daran setzen, dass wir möglichst nahtlos die Jugendarbeit im Bezirk fortsetzen können (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn**: Ich wollte nachfragen, ich weiß, es gibt ein sehr ausführliches und gutes Konzept für die Kriterien in der offenen Jugendarbeit, auf Basis dessen ja auch unsere Jugendzentren arbeiten. Gibt es da jetzt irgendwelche, aufgrund dieser Probleme dort vor Ort, wird das zu Adaptierungen führen oder sind das allgemeine Problemlagen, die halt einfach nicht vermeidbar waren oder wie siehst du das? Konzeptuell jetzt, inhaltlich.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also, wie mir berichtet wird, und auch den Eindruck konnte ich mir aufgrund verschiedener Gespräch auch selbst machen, ist dieser Jugendtreffpunkt mit anderen in Graz nicht vergleichbar in der Zusammensetzung des jugendlichen Publikums. Ich sage auch dazu, dass manche Vorkommnisse seitens der Pfarre dem Jugendzentrum zugeordnet werden, ohne dafür einen Beweis zu haben. Wir können aber auch nicht den Gegenbeweis antreten, das ist jetzt aber auch nicht ganz so wichtig, wichtig ist, ob die Bereitschaft besteht, an diesem Standort weiter eine Zusammenarbeit zu pflegen oder nicht; die besteht eben, wie gesagt, nicht. Was wirklich bedauerlich war, dass erst mit dem Ausspruch der Kündigung wiederum ein Kommunikationsprozess zwischen der Stadt und der Pfarre in Bewegung gekommen ist, das habe ich gegenüber der Pfarre auch zum Ausdruck gebracht, wir haben eigentlich von diesen Vorkommnissen in dieser Ausprägung nichts gewusst, möglicherweise hätte man durch frühzeitigere Gespräche manche Ereignisse

überhaupt verhindern können oder das Konzept selbst adaptieren können. Ich gehe davon aus, dass alle Betroffenen und Beteiligten dieses Projektes bei der Konzeptionierung eines neuen Projektes, möglicherweise an einem neuen Standort, die Erfahrungen einfließen lassen werden und beim Konzept selbst darauf Rücksicht nehmen werden (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

5) Projekt Andreas-Hofer-Platz

GRin. **Bergmann** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Am Andreas-Hofer-Platz wurde das Baurecht von der Firma Shell an die Firma Acoton übergeben beziehungsweise verkauft.

Dieser Baurechtsverkauf hat im Gemeinderat und im Speziellen auch im Finanzausschuss damals sehr viel Staub aufgewirbelt und zwar auch in der Frage, ob die Firma Acoton in der Lage ist, diesen Andreas-Hofer-Platz zu entwickeln. Nun will die Firma Acoton ein Hotel mit Veranstaltungszentrum und Casinobetrieb auf dem Platz errichten. Laut Pressemeldungen ist die Planung gemeinsam mit der Stadtbaudirektion schon fortgeschritten und auch ein Baubeginn bereits ins Auge gefasst.

Da die Firma Acoton auch beim Projekt Thalia mit der Stadt einen Baurechtsvertrag hat und dort eine städtische Haftung über viele Millionen erhalten hat, stellt sich für uns die Frage, wie die Firma Acoton dieses zusätzliche 50-Millionen-Projekt am Andreas-Hofer-Platz abwickeln wird.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

In welcher Form besteht die Zusammenarbeit der Stadtbaudirektion mit der Firma Acoton auch in Bezug auf Altstadtsschutz und Weltkulturerbe (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, von der Stadtbaudirektion wird mir Folgendes mitgeteilt: Die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen zur Auslobung des Wettbewerbes Andreas-Hofer-Platz sind derzeit in der Finalisierung. Das Wettbewerbsverfahren wird von der Stadt Graz gemeinsam mit der Firma Acoton durchgeführt, das ist bei Wettbewerben bei uns in Graz die übliche Vorgangsweise, also wir machen gemeinsam einen Wettbewerb, weil es eine ganz, ganz wichtige Fläche innerhalb des Stadtgebietes ist. In Abklärung ist noch die Fixierung der Verkehrslösung, da geht es in erster Linie um die Haltestellen für die Regionalbusse und die Tiefgaragenanbindung, welche im Wettbewerb jedenfalls berücksichtigt werden muss. Altstadtsschutz und Weltkulturerbe sind im besonderen Maße von den WettbewerbsteilnehmerInnen zu berücksichtigen. Hierzu wurde durch die Stadtbaudirektion für den Andreas-Hofer-Platz ein vertieftes Gutachten als Stellungnahme zum Masterplan Weltkulturerbe eingeholt. Das ist eine weitere wichtige Rahmenbedingung im Wettbewerbsverfahren, und alle Jurymitglieder müssen auch diese wichtigen Fragen zum Thema Weltkulturerbe in ihren Projekten mitberücksichtigen. Und in bewährter Weise werden JurorInnen von der ASVK zum Thema Grazer Altstadterhaltungsgesetz sowie UNESCO zum Themenbereich Weltkulturerbe beratend an der Wettbewerbsjury teilnehmen. Das heißt, es ist jetzt ein rein privates Projekt des Herrn Gollenz, der, so ich auch immer wieder in Gesprächen höre, den Nutzungszweck versucht auch möglichst frühzeitig schon

festzulegen, weil es macht ja wenig Sinn, ein Haus zu bauen und den Inhalt noch nicht zu kennen. Ich habe von ihm da auch noch keine letztgültige Information, einmal heißt es, das Casino wird hineingehen, dann heißt es, es werden Büros, dann war ein Hotelbereich wieder dabei. Faktum ist, wir wissen jetzt einmal die Kubatur, die dort möglich ist, wir reden in der Stadtplanung jetzt genau mit der Verkehrsplanung ab, wie die Gesamtlösung am Andreas-Hofer-Platz kommen kann, kein einfaches Unterfangen, weil die Regionalbusse nehmen viel Platz ein und da gibt es auch Verhandlungen mit den Busunternehmen. Wir wissen auch noch nicht, ob die Garage vergrößert wird, letzte Meldung war, der Herr Gollenz möchte sie nicht verändern. Unsere Meinung aus fachlicher Sicht ist, dass man auf dieser alten und auch nicht besonders attraktiven Garage eine solche Kubatur nicht wird draufsetzen können. Frau Vizebürgermeisterin würde gerne vom Errichter wissen, welcher Nutzungszweck, weil danach wird sich auch die Garagengröße definieren lassen. Jetzt ist es ja eine öffentliche Garage mit 200 Stellplätzen, werden die dann nur mehr fürs Haus gebraucht, dann würde ein öffentlicher Stellplatz wegfallen. Falls es eine Nutzung gibt mit Büros, wird es vielleicht auch auf 300 oder 400 ausgeweitet, dass die 200 für die Innenstadt sonst noch erhalten bleiben, die öffentlichen. Das ist alles noch nicht geklärt, aber den Inhalt muss auch der Eigentümer wissen, wir stehen Gewähr bei Fuß und wollen dass finalisieren, das möglichst bald dieser Wettbewerb dann gestartet werden kann (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann:** Der Herr Bürgermeister hat eigentlich alle Fragen für mich beantwortet. Für uns war auch vordergründig, ob diese Zone dort in das Weltkulturerbe hineinfällt und wie weit diese Bushaltestelle beziehungsweise dieser Busbahnhof aufrecht erhalten bleibt. Danke (*Applaus KPÖ*).

6) Vorratshaltung „Checklisten Ö3 und ÖRK“

GR. Mag. **Korschelt** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die aktuellen Geschehnisse in Japan stimmen mehr als nachdenklich. Man muss aber nicht gleich an einen Atomunfall denken, auch kleinere regionale Notfälle können die öffentliche Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Lebensmittel und Energie unterbrechen.

Leider ist in letzter Zeit der Vorsorgegedanke, im Zusammenhang mit einer eventuell notwendigen „Notversorgung“, nicht mehr Gegenstand des kollektiven Bewusstseins. Der Radiosender „Österreich 3“ und das Österreichische Rote Kreuz haben allerdings umfangreiche Checklisten vorbereitet, die einen genauen Überblick vermitteln, was ein krisenfester Haushalt benötigt.

Ich stelle an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Bist du bereit, dieses Thema in der nächsten Ausgabe des BIG angemessen zu behandeln und die entsprechenden Checklisten gegebenenfalls abdrucken zu lassen und somit aktiv zum Schutz der Grazer Bürger beizutragen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Manchmal würde ein Anruf genügen und wir wären uns schnell einig, aber ich weiß natürlich auch, dass es die klassischen Statistiken mancher Medien gibt und daher dieser Weg gewählt wird. Deinem Anliegen wird zu 100 % entsprochen, das Thema Zivilschutz ist bereits Teil der nächsten BIG-Ausgabe und es wird auch entsprechende Hinweise auf unserer

Homepage geben, auf welcher sich alle wichtigen Informationen, auch über Bevorratung unter www.graz.at/sicherheit finden und auf diese Zivilschutzbrochure, die auch bei unserer Feuerwehr erhältlich ist, werden wir dort eingehen. ist schon erledigt (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.35 Uhr den Vorsitz.

7) Finanzielle Zuwendungen der Stadt Graz an das Tierschutzhaus Arche Noah

GR. **Grosz** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, Herr Stadtrat Rüsch! Das Tierschutzhaus Arche Noah erfüllt eine Aufgabe, zu der die öffentliche Hand durch das Bundestierschutzgesetz beauftragt ist und auch verpflichtet ist. Wir als Stadt, das Land, auch der Bund können Tierschutz selbst nicht erledigen und daher sind wir im Bereich des Tierschutzes auf die ehrenamtlichen Organisationen angewiesen. Unter anderem auf das Tierschutzhaus Arche Noah, auf den Tierschutzverein, mit mehr als 36.000 Mitgliedern, die im Süden von Graz einer der Kompetenzzentren Südösterreichs im Bereich des Tierschutzes die letzten 30 Jahre gebaut, ausgebaut und erweitert haben. Wir erleben in den letzten Tagen und Wochen auch eine Medienkampagne gegen das Tierschutzhaus, die ihresgleichen sucht von Redakteuren, die kein einziges Mal das Tierschutzhaus besucht haben. Die Behörde, sprich die Stadt Graz, regt sich über einen Überbelag im Tierschutzhaus an Tieren auf, auf der anderen Seite ist es aber die Tierrettung, die Berufsfeuerwehr, die bei der Arche Noah anruft und Tiere hier unterbringen will. Die Behörde Stadt Graz, Land Steiermark kritisiert am Tierschutzhaus Arche Noah, dass die Arche Noah keine Quarantänestation hätte, auf

der anderen Seite verweigern aber Stadt und Land seit fünf Jahren die Mittel für diese Quarantänestation, das ist, tierisch gesagt, nämlich genau die Situation, wo sich der Hund in den eigenen Schweif beißt. Und das erleben die ehrenamtlichen HelferInnen, die Funktionärinnen und Funktionäre der Arche Noah. Es ist ein unerträglicher Zustand, vor allem unerträglich ist es, wenn ich mir die Meldungen von Vertretern der Stadt Graz ansehe, die dann versuchen, der Arche Noah irgendwelche Richtlinien zu diktieren. Ich bin immer davon ausgegangen, nach dem alten steirischen Spruch, wer zahlt, schafft an und komme mittlerweile die letzten drei Tage drauf, dass die Arche Noah seit dem Jahre 2006 keinerlei finanzielle Zuwendungen mehr von der Stadt Graz erhalten haben soll.

Daher jetzt die konkrete

Frage,

um die Fakten festzumachen. Wie hoch waren die jeweiligen jährlichen Zuwendungen der Stadt Graz, nicht Land Steiermark, an das Tierschutzhaus Arche Noah jeweils seit dem 1.1.2006?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sich zu erkundigen, bevor man urteilt, ist immer gut. Die Frage konkret lautet, welche Zuschüsse die Stadt Graz seit 2006 bis 2011 gegeben hat, betrifft übrigens nicht mein Ressort, sondern es ist das Gesundheitsamt, die Magistratsabteilung 7, und von der Magistratsabteilung 7 sind jährlich, also von 2006 bis zum Jahr 2010 13.811,20 Euro überwiesen worden offensichtlich, das heißt, in Summe 2011 wurde noch nichts ausbezahlt, ist aber wieder budgetiert, das heißt, in Summe sind in diesem Zeitraum, ohne einen Beitrag von 2011, 66.176 Euro geflossen. Wichtig aber ist, und das ist unbedingt zusätzlich zu deiner Frage gesagt, dass vor 2006 die Stadt in noch viel höherem Beitrag, also sich finanziell an der Arche Noah

beteiligt hat; die Stadt hat das Grundstück gekauft, die Stadt hat den Bau errichtet, sie war voll verantwortlich finanziell auch für die Arche Noah und du hast wahrscheinlich bewusst das Jahr 2006 genommen, weil es damals eine landesgesetzliche Änderung gegeben hat, und nach dieser landesgesetzlichen Änderung ist ab diesem Zeitpunkt das Land Steiermark für die Arche Noah zuständig. Wir haben also sehr viel bezahlt und vielleicht darf ich mir das Schmankerl noch erlauben, dass die Antwort auf deine Anfrage eigentlich oder es ist die Frage, ob das die Antwort ist, denn es ist auf deinem Blatt unten ganz groß der Stempel drauf: Genug gezahlt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Tatsächlich genug gezahlt für Parteiförderungen, tatsächlich genug bezahlt für Gehälter an Stadträte, die wir uns sparen können, tatsächlich genug gezahlt in einer Stadt mit den höchsten Gebühren und Abgaben.

Bgm. Mag. Nagl: Gibt es eine Zusatzfrage?

GR. **Grosz:** Na selbstverständlich gibt es eine Zusatzfrage. In der Ruhe liegt die Kraft. Es freut mich, dass wir die nächste Sitzung der Löwingerbühne wieder eröffnen dürfen. Aber, Herr Stadtrat, unter welchem Titel wurde die erkleckliche Summe von 13.811 Euro jährlich überwiesen, also Gesamtvolumen 66.000, für ein Tierschutzhaus mit mehreren tausend Tieren im Jahr, wo wir finanziell nicht dazu in der Lage wären, sie unterzubringen als öffentliche Hand. Die Magistratsabteilung kann niemand gründen, also unter welchem Titel sind die 13.811 ausbezahlt worden?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also das kann ich aus diesem Grund nicht sagen, weil die Magistratsabteilung 7 die anweisende Stelle ist, ich konnte das nur aus dem Budget...

GR. **Grosz**: Schon, aber war es eine Förderung oder war es eine Abgeltung für Dienste, die die Arche Noah der Stadt Graz erbracht hat, das ist schon ein Unterschied. Weil wenn es eine Abgeltung ist für Dienstleistungen, die die Arche erbringt, Tierrettung, überhaupt kein Problem...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nein, die Tierrettung ist Angelegenheit der Feuerwehr, die Feuerwehr hat auch den Tiertransport, unterstützt den Tiertransport, wie weit die Tierrettung da mit dabei ist, kann ich dir nur nochmals sagen, ist Sache der A 7 (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), das kann ich aus dem Budget insgesamt nicht entnehmen. Ich wollte nur Folgendes dazu sagen: Ich bin inhaltlich nicht zuständig, da ist wirklich jemand anderer zuständig, aber ich leugne nicht, dass es selbstverständlich ein Problem mit der Arche Noah gibt und auch wegen des Überbelags. Das Problem leugne ich nicht. Aber ich glaube wirklich, dass es etwas unfair ist, dafür die Stadt verantwortlich zu machen. Die Stadt hat bis zum Jahr 2006 ihre finanziellen Verpflichtung voll erfüllt und zwar aufgrund einer landesgesetzlichen Regelung, aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Landesrat Seitinger sich da sehr bemüht und ebenfalls sehr, sehr viel bezahlt. In der Ruhe liegt die Kraft, bei dir dürfte das offensichtlich derzeit jetzt nicht der Fall sein (*Applaus ÖVP*).

8) Kostenexplosion bei der Sporthalle Liebenau

GR. **Martiner** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. **Martiner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Stadtrat, lieber Teddy, jetzt bist es doch du, da hat es immer unterschiedliche Auffassungen gegeben, und Frau Dr. Zwanzger hat jetzt noch einmal bestätigt, dass das du bist. Es ist wichtig und es ist natürlich richtig, dass wir in Graz Sportstätten und Sporthallen bauen und gerade, wo wir noch Sportstätten haben, die nicht mehr zeitgemäß und sicher nicht bei den Ansprüchen der heutigen sportlichen Betätigungen dementsprechend ausgestattet sind. In deinem Bericht in einer Wochenzeitschrift ist ja rausgekommen, dass es verwunderlich ist, dass es in Graz-Umgebung Sporthallen gebaut werden und die letztendlich kostengünstiger sind. Was mich verwundert hat, lieber Teddy, war, wo du auch zitierst wurdest, dass du verwundert bist, dass das möglich ist, dass in Graz-Umgebung die Sporthallen günstiger sind, obwohl ich weiß, dass du mit großer Sorgfalt und genau auch dein Amt mit großer Sorgfalt die Projekte begleiten. Unser Stadtrechnungshofdirektor wurde auch zitiert in diesem Bericht, zu viele Köche kochen und dann kommt natürlich auch nichts Gescheites heraus. Ein Wunschkonzert von dementsprechenden Sonderwünschen kommen jetzt auf dieses Projekt HIB Liebenau zu und es wird schon jetzt erwartet eine Kostenüberschreitung von einer Million Euro und 14 Millionen Schilling bezüglich, bei einem Projekt von 6,5 Millionen geplant, jetzt erwartete Kostenüberschreitung von einer Million ist schon eine beachtliche Zahl. Und wenn dann als Beispiel als Sonderwünsche kommen eine Spielstandsanzeige, eine Zutrittskontrolle, Ballstopppnetze, größere Fluchtwege, also meines Erachtens sind das natürlich alles Maßnahmen, die bei der Erstplanung in der Planungsphase natürlich enthalten sein müssten. Und dass diese Sonderwünsche, es sind natürlich jetzt nicht taxativ alle aufgezählt, natürlich nur demonstrativ, dass diese Sonderwünsche dann letztendlich eine Million Euro ausmachen sollten, finde ich sehr, sehr hoch. Nun zu meiner

Frage:

Lieber Herr Stadtrat: Wie ist es möglich, dass bereits vor Baubeginn der Mehrzweckhalle Liebenau eine Kostenexplosion von einer Million Euro erwartet wird (*Applaus SPÖ*)?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Zunächst möchte ich einmal festhalten, dass wir bei diesem Projekt keinesfalls von einer Kostenexplosion sprechen können. Dies wäre vielleicht angebracht, wenn einem Projekt, das sich bereits im Bau befindet, dann plötzlich die Kosten davon galoppieren und man dafür keine Erklärung hat, weil ich meine, auch bei Projektänderung kann auch sogar im Zuge eines Baus noch teurer werden, wenn man das plausibel darlegt und rechtzeitig sagt. Im konkreten Fall ist es aber vor allem deswegen unzulässig von einer Kostenexplosion zu sprechen, weil es sich um einen Vorentwurf des Projektes handelt, auf den man sich heute bezieht. Ich möchte also viel lieber von einer Kostenentwicklung reden. Ein Vorentwurf wie der, der uns damals vorlag, auf den aufgebaut wurde, hat ja bekanntlichmaßen eine Unschärfe von plus/minus 20 %, minus habe ich in all den Jahren noch nie erlebt, woraus allein schon erhebliche Mehrkosten entstehen im Zuge der Detailplanung. Faktum ist auch, dass aufbauend auf den Vorentwurf nunmehr die verschiedenen angedachten potentiellen Nutzer dieser Halle, nämlich die Schule, aber insbesondere auch die Grazer Vereine, die diese Halle zukünftig nutzen sollen und wollen, eingebunden wurden und ihre Interessen für die Ausgestaltung im Zuge der Detailplanung dieses Projektes eingebracht haben. Und Faktum ist in diesem Sinne unter anderem, dass wir vom ÖISS, dem Österreichischen Institut für Sportstättenbau die Mitteilung bekommen haben, dass der Vorentwurf, so wie er ausgelobt wurde und wie er uns heute vorliegt, zwar der Ö-Norm entspricht, aber es wurde angeregt, vielmehr fast gebeten darum, die Halle doch ein bisschen länger und ein bisschen breiter zu bauen, weil die Ö-Norm sich in Kürze ändert. Das sind Dinge, die kann niemand wissen bei einer Auslobung eines Wettbewerbes, dass die Ö-Norm sich wieder verändert und man

kann sich vorstellen, dass bei so einem Projekt ein Meter länger und ein halber Meter breiter schon einmal viel ausmacht. Es ist ein Hinweis für die Kostenentwicklung. Es ist im Zuge einer Detailplanung natürlich auch klar, dass wir verschiedene flankierende Maßnahmen zum einen setzen müssen, aber auch erst planen können, wenn es darum geht zum Beispiel, wie organisiert man bestmöglich den Unterrichtsbetrieb während der Bauphase. Ich meine, es ist ein Objekt, das nicht irgendwo auf der grünen Wiese entsteht, sondern auf dem Schulareal der HIB, wo man einfach gewährleisten muss, dass neben dem Bau auch die Schule funktionieren kann. Es geht darum, dass man jetzt konkret halt die ganzen Leitungen festlegt, dass man die Wiederherstellung des bestehenden Sportplatzes, der in der Bauphase einfach zu Schaden kommen wird, auch budgetiert und, und das sind tatsächliche Zusatzkosten aufgrund der zukünftigen Nutzung, so wie wir sie uns halt wünschen. Es geht um eine ordentliche Beschallung für einen Meisterschaftsbetrieb, an und für sich ist es ja nur eine Schulturnhalle. Wir möchten allerdings als Stadt Graz und auch das Land, dass das ein bisschen mehr ist wie nur eine dreifache Turnhalle, die für den Schulbetrieb sich eignen würde, nämlich mit sieben Meter Höhe mit ein bisschen einem besseren CD-Player mit Mikrofon. Wir brauchen neun Meter Höhe, das wünschen wir uns Stadt, Land für den Spitzen- und Leistungssport. Die Schule braucht das nicht unbedingt und das Unterrichtsministerium ist nicht bereit, da mitzuzahlen. Es geht auch darum, dass wir natürlich auch eine taugliche Beleuchtung haben wollen, eine Spielstandsanzeige, Ballstoppnetze, alles was das Unterrichtsministerium sagt, ihr könnt es gerne bauen, aber wir zahlen nicht mit. Stadt und Land bekennen sich grundsätzlich zu dem Projekt und möchten natürlich diese Halle auch so ausgestalten, dass sie allen Anforderungen entspricht. Richtig ist aber auch, dass wir natürlich darauf achten müssen, dass diese Zusatzwünsche, so toll sie auch sein mögen, auch finanziert werden können, und das wird sich im Zuge der Detailplanung noch verstärkt oder das muss noch verstärkt eingebracht werden. Es ist klar, das Projekt an und für sich darf überhaupt nicht gefährdet werden. Wir wollen mit dem vorhandenen Geld, zu dem wir letztendlich auch stehen, das bestmögliche machen,

und zum gegebenen Zeitpunkt werden wir ganz sicher im Gemeinderat darüber auch noch eingehend diskutieren (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Bevor ich den Herrn Gemeinderat frage, ob er eine Zusatzfrage, hat würde ich gerne die 13 Schülerinnen und Schüler der GIPS herzlich begrüßen. Sie sind mit Pädagogin Frau Mag. Andrea Kettmann gekommen und sie sind hier, weil sie im Bereich der politischen Bildung in der Schule uns heute einen Besuch abstatten wollen, herzlich willkommen auf unserer Tribüne (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Martiner**: Danke einmal, Herr Stadtrat, für deine Ausführungen, um deinen Ausführungen zu folgen, ok, nicht Kostenexplosion, sondern Kostenentwicklung bei einem Projekt. Auch ein Zitat aus dieser Zeitschrift, all die Dinge, die jetzt gewünscht werden können wir nicht umsetzen. Ich weiß, Medien sind manches Mal die Zitate nicht dementsprechend wirklichkeitstreu, aber das solltest du gesagt haben. Und jetzt zu meiner Zusatzfrage: Inwieweit werden jetzt schon begleitende Kostenkontrollen im Zuge des Baus eingesetzt, dass nach wie vor nicht nur jetzt im Projekt die Kostenentwicklungen steigen, sondern auch beim Bau selbst.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Es gibt ja zum heutigen Zeitpunkt noch kein fertiges Detailprojekt. Auf Basis eines Detailprojektes, das auch von der Baubehörde dann letztlich auch genehmigt wird, können erst Ausschreibungen stattfinden, dann werden wir einmal wissen, welche Preise wir erzielen können, mit welchen Kosten wir tatsächlich rechnen müssen und es ist selbstverständlich, dass sich ein

sogenannter Sachverständigenrat mit diesem Projekt befassen wird. Wir werden auch den Rechnungshof wiederum sehr herzlich einladen, uns zu begleiten wie auch bei anderen Großprojekten, damit eben sichergestellt ist, dass wir die Kosten und die Kostenentwicklung, die auch im Zuge eines Baues auftreten kann, sehr genau beobachten und rechtzeitig die richtigen Schritte setzen können, sofern sie erforderlich sind (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.50 Uhr den Vorsitz.

9) Städtetag zum Thema Chancengleichheit und Gleichbehandlung

GRin. Mag.^a **Grabe** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es wurde ja bereits Anfang dieses Jahres, also im Jänner oder Februar, vom Verein ZARA an die Stadt, wie an alle Gemeinden und Städte das Angebot gerichtet, zu einem kostenlosen Gemeinde- und Städtetag zum Thema Chancengleichheit und Gleichbehandlung usw. ein Projekt, das im Auftrag von ZARA und im Auftrag von einem EU-Programm gemacht wird und gleichzeitig auch vom Bundesministerium für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz. Und wie Sie ja wahrscheinlich aus dieser Anfrage auch wissen, sind in diesem Angebot etliche sehr, sehr interessante Angebote drinnen. Also Workshop für Schülerinnen und Schüler, Workshops und Vorträge für Magistratsbedienstete, für PersonalentscheidungsträgerInnen usw. zu solchen Themen wie Know your rights oder zu Themen generelle Antidiskriminierungslage, aber auch zu spezifischen Themen wie Sensibilisierung für die Situation für Menschen mit Behinderungen, mit Sehbeeinträchtigung usw. Und meine

F r a g e

ist es, nachdem, so wie ich von ZARA weiß, noch keine offizielle Rückmeldung seitens der Stadt gekommen ist, wann und in welcher Form die Stadt Graz auf dieses Angebot eingehen wird, das ja auf 15 Gemeinden nur beschränkt ist, das heißt, wir sollten da eigentlich relativ bald einmal uns zurückmelden, um dieses kostenlose Angebot zu nutzen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Auch an Sie die Bitte gerichtet, solche Dinge gleich im direkten Wege mir mitzuteilen, es laufen österreichweit nämlich so viele EU-Projekte oder überhaupt auch Partnerschafts-EU-Projekte in vielen Ländern, dass ein kompletter Überblick für uns fast unmöglich ist, außer wir werden entsprechend eingeladen. So waren wir von 2005 bis 2007 am interkulturellen nationalen Aktionsplan zur Herstellung von Chancengleichheit und Abbau von Diskriminierung eben beteiligt. Eingeladen von der Volkshilfe Österreich, wir sind ab Mai in einem gemeinsamen Projekt mit Berlin, Rom, Madrid und Stockholm, da sind wir aktiv, bei welchem es um positive Öffentlichkeitsarbeit für Chancengleichheit und gegen Rassismus geht. Ich danke Ihnen für den Hinweis bezüglich des EU-Projektes des Vereines ZARA (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), Frau Brigitte Köksal hat bereits Kontakt aufgenommen, die Veranstaltung in Graz wird Ende September bei uns stattfinden.

10) Park auf dem Styria-Gelände

GR. **Eber** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrter Herr Stadtrat Müller, liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Damen und Herren! Der Gemeinderat hat am 15.12.2009 einen Grundsatzbeschluss gefasst über städtische Begleitmaßnahmen für das neue Styria Headquarter. Dieser Beschluss ist insofern in Frage gestellt worden mittlerweile, weil sich die Planungen von Seiten der Styria verändert haben. Eng verknüpft mit diesen Beschlüssen war auch eine Vereinbarung, auf diesem Gelände eine temporäre Parkanlage zu errichten. Die Stadt Graz hat ja das Grundstück dort verkauft an Styria und mietet einen Teil oder will einen Teil wieder zurückmieten. Die Bevölkerung macht sich jetzt natürlich Sorgen darüber, ob diese Vereinbarung auch hält.

Meine

F r a g e

daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister: Haben die Veränderungen im Zusammenhang mit dem geplanten Bau des neuen Styria-Zentrums Auswirkungen auf die befristete Errichtung eines Parks auf diesem Gelände? Ist der Bestandsvertrag, der im Beschluss des Gemeinderates vom 25. Februar 2010 angeführt wird, noch in Kraft und können die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Gebietes damit rechnen, dass dort bald eine Parkanlage entsteht (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Als gestresster Papa sehen wir uns ja öfter. Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir gerade im Bezirk Jakomini eine solche Freifläche, so eine Parkanlage auch einmal schaffen. Ich weiß jetzt nicht mehr auswendig, ob die KPÖ beim Beschluss dabei war, den wir gemacht haben, ihr wart nicht dabei, um die Styria-Gebäude dort zu errichten. Weil ich habe damals auch die Idee gehabt, dass wir die Hälfte des Grundstückes, das einmal die nächsten zehn

Jahre nicht gebraucht wird, möglichst auch in eine solche Fläche umwandeln. Sie haben gesagt, es gibt jetzt neue Planungen, ich kann Ihnen sagen, es gibt keine neuen Planungen, das Unternehmen Styria und die Vorstandsdirektoren sind sehr bemüht, das alte Projekt, das wir mit ihnen auch gemeinsam jetzt in der Planung entwickelt haben, auch umzusetzen und zu realisieren. Es gibt auch Gespräche mit uns, in welcher Form das möglich ist. Der Aufsichtsrat hat die Verträge, die wir im Gemeinderat abgesehnet haben, bei der Styria so nicht akzeptiert, damit ist dieser Vertrag nicht zustande gekommen. Aber wir bemühen uns nach wie vor, dass dieses architektonische Highlight und damit auch ein Headquarter in der Stadt Graz Wirklichkeit wird, auch am gewünschten Platz. Im Moment ist damit auch nach wie vor dieser Park mitgeplant. Wir haben ja von unserer Seite einen Beschluss, der da lautet: Auch 1.815 Quadratmeter in Bestand zu nehmen, der Bestandzins wären 105.780 Euro jährlich, die Rechtswirksamkeit dieses genannten Vertrages ist aufschiebend bedingt, und zwar wird das für uns erst dann möglich, wenn die Styria als Bestandgeberin diesen Park auch gemacht hat und uns dann förmlich auch übergibt. Das kann erst beim Fertigstellen des gesamten Projekts möglich werden. Das wollte ich Ihnen da einmal sagen. Also im Moment versucht die Styria dieses Projekt zu errichten, sie hat nicht Bedarf an so vielen Flächen, wie das Gebäude hat, das heißt, es fehlen ungefähr 3.000 bis 4.000 Quadratmeter Flächen, die man auch noch vermieten müsste und deswegen habe ich auch den Kollegen Rüscher schon gebeten, mit den Vertretern der Styria es sich anzuschauen, ob es nicht irgendeinen Verwendungszweck auch gäbe, dass wir dieses Projekt doch noch zum Gelingen bringen, sobald das nämlich errichtet wird, würde der Park auch wieder kommen und dann werden wir ihn selbstverständlich auch anmieten. Aber im Moment steht das Projekt noch, weil der Eigentümer uns noch nicht klar gesagt hat, ob er das so bauen kann. Aber neue Pläne haben sie noch keine. Falls uns da auch wieder eine neue Lösung gemeinsam einfällt, brauchen wir auch nichts Neues planen, sonst müssten wir zurück zum Start, das bedeutet, sage ich auch gleich dazu, wieder Planungsverfahren würde uns wahrscheinlich frühestens in zwei Jahren wieder zu

einer neuen Entscheidungsgrundlage führen, aber im Moment sind wir noch guter Dinge, dass wir das alles derheben.

GR. **Eber**: Danke, Herr Bürgermeister für die Antwort. Ich möchte nur ganz kurz in einem Satz sagen: Wir waren damals bei dem Beschluss nicht dabei, weil wir dagegen waren, dass man zuerst ein Grundstück verkauft und dann teuer zurückmietet. Aber meine Zusatzfrage ist: Ist es nicht so, dass es da für diese Vereinbarung bezüglich des Parks eine Befristung bis 31.12.2013 gibt und ist es von daher möglich, dass der Park davor errichtet wird, also vor diesem Zeitpunkt?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also es steht im Vertrag drinnen, ich lese das vielleicht da noch einmal vor: Es wurde ein Bestandsvertrag zwischen der Stadt Graz und der MCG abgeschlossen, wobei die Rechtswirksamkeit des vorgenannten Vertrages jedoch aufschiebend bedingt ist und erst nach der Errichtung des Parks durch die Bestandgeberin und dessen förmliche Übergabe an die Stadt Graz, welche zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Parks, spätestens jedenfalls bis zum 31.12.2013, rechtswirksam ist. Nachdem dieser Vertrag aber von unserem Vertragspartner nicht unterfertigt wurde ist, wie gesagt, auch jegliche weitere Formulierung hinfällig. Schön wäre es, wenn es uns gelingen sollte, mit der Styria dieses Projekt in Graz zu realisieren, dann wird auch diese Parkanlage, so wie angedacht, kommen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.00 Uhr den Vorsitz.